

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Peter M. Schmidhuber

**Europäische Integration
aus historischer Erfahrung**
Ein Zeitzeugengespräch
mit Michael Gehler

Discussion Paper

**C210
2012**

Peter M. Schmidhuber, geboren 1931 in München, Abitur 1951, anschließend Studium der Rechtswissenschaften und der Ökonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, ist seit 1952 CSU-Mitglied. 1955 hat er sein Examen zum Diplom-Volkswirt, 1956 die erste, 1960 die zweite juristische Staatsprüfung bestanden. Schmidhuber war von 1960 bis 1966 Mitglied des Münchener Stadtrats, von 1965 bis 1969 sowie von 1972 bis 1978 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1978 bis 1987 im Bayerischen Landtag und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Europafragen im Kabinett von Franz Josef Strauß, Mitglied des Bundesrates, des Vermittlungsausschusses und der Parlamentarischen Versammlung der NATO. Von 1987 bis 1995 war er als Mitglied von drei Europäischen Kommissionen (Delors I-III) zuständig für Regionalpolitik und Marktwirtschaft, seit 1989 auch für die Haushaltskontrolle. In den Jahren 1995 bis 1999 war er Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank in Frankfurt am Main.

Michael Gehler, geboren 1962, ist Professor am Institut für Geschichte an der Universität Hildesheim und war von 1999 bis 2006 Professor am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck. Von 1992 bis 1996 war er Research Fellow des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Wien. Er ist Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn. Seit 2006 hat er einen durch die EU-Kommission verliehenen „Jean-Monnet Chair“ für Europäische Geschichte inne, den er 2011 wieder neu verliehen bekommen hat.

Professor Dr. Gehler wurde bei dem Zeitzeugengespräch von Marcus Gonschor und Hinnerk Meyer, beide wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Universität Hildesheim, unterstützt.

Publikationsauswahl: Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem: Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung, Bochum 2001; Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU, 2 Bde., Innsbruck-Wien-München-Bozen 2002; Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung, München 2005 (erweiterte Neuauflage 2010).

Peter M. Schmidhuber

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Gehler:

Wir beginnen immer mit der Frage nach der Sozialisierung. Können Sie etwas über Ihr Elternhaus, Ihre Erziehung und den schulischen Werdegang sagen?

Schmidhuber:

Ich wurde zur Zeit der Weimarer Republik am 15. Dezember 1931 – wenn Sie so wollen, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise – geboren und wuchs in München auf. Mein Vater war Steuerberater und Geschäftsführer einer größeren Steuerberatergesellschaft mit mehreren Filialen. Meine Mutter war, wie es sich damals in diesen Kreisen gehörte, nicht berufstätig, sondern erledigte alle familiären Angelegenheiten. Ich bin nach der Volksschule ins Wittelsbacher Gymnasium gekommen und dort bis zum Herbst 1942 geblieben. Damals setzte der Bombenkrieg schon ein und die Schüler wurden in verschiedene Gebirgsdörfer evakuiert, was mein Vater aber nicht wollte. Deshalb bin ich dann mit meiner Mutter zu einem Onkel nach Passau gezogen, wo ich die letzten zwei Kriegsjahre bis zum März 1945 verbracht habe. Passau ist mir als eine konservative Provinzstadt in Erinnerung geblieben, was sich wohl erst im Zusammenhang mit der Gründung der Universität etwas aufgelockert hat. In Passau sind wir auch wieder vor Bombenangriffen ausgewichen. Unser Domizil ist beschädigt worden und ich kam dann nach Niederbayern, wo mein Vater einen sehr guten Bekann-

ten hatte, einen Geschäftsführer einer großen Brauerei. Dort haben wir das Kriegsende gut überstanden. Im Herbst 1945 kehrten wir nach München zurück, wo wir mittlerweile ausgebombt worden waren. In Pasing haben wir dann eine Unterkunft gefunden. Dort besuchte ich das Realgymnasium und habe 1951 Abitur gemacht. Im selben Jahr habe ich an der Universität München das Studium der Volkswirtschaftslehre und der Rechtswissenschaft aufgenommen. Ab 1952 habe ich mich auch in der Jungen Union politisch betätigt, aber eigentlich nur am Rande. In erster Linie habe ich mich um mein Studium gekümmert. Immerhin habe ich in neun Semestern beide Examina mit gutem Erfolg hinter mich gebracht, wodurch ich relativ schnell zu einem Abschluss kam. Im Anschluss daran habe ich meine Referendarszeit absolviert und bin dann am 1. Januar 1961 in das Bayerische Staatsministerium der Finanzen eingetreten, wo ich ungefähr vier Jahre als Rechtsreferent tätig war. Anschließend wurde ich persönlicher Referent des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium. 1960 habe ich mein erstes politisches Amt übernommen. Ich bin damals als jüngstes Mitglied in den Münchener Stadtrat gewählt worden, wo ich auch rund sechs Jahre tätig war. Das war eine Zeit, die für mich sehr wesentlich war, weil die Kommunalpolitik eigentlich die Basis jeden politischen Engagements ist. Ich habe in diesem Zusammenhang viel mit sozialen Problemen zu tun gehabt, weil ich als Verwaltungsbeirat eines großen Altersheims und eines großen Krankenhauses fungierte.

Gehler:

Was bedeutete eigentlich der Kriegsausgang für Sie? Sie waren damals 14/15 Jahre alt. Trotz dieses jugendlichen Alters haben Sie die letzten Kriegsjahre und das Kriegsende bewusst miterlebt. Was hatten diese Erlebnisse grundsätzlich für einen Einfluss auf Ihre späteren Denk- und Verhaltensweisen sowie Ihre Einstellung zur Politik?

Schmidhuber:

Im Krieg habe ich wichtige Jahre meiner persönlichen Formung mitgemacht. Das waren Zeiten des Mangels, Zeiten der politischen und militärischen Krise. Wenn man an die Bombenangriffe und die Nächte im Luftschutzkeller denkt, waren das prägende Ereignisse. Im Herbst 1944

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

fand die große sowjetische Offensive aus den Stellungen an der Weichsel heraus statt und in kurzer Zeit standen die Sowjets vor den Grenzen des Deutschen Reiches und überschritten diese auch. Auch die Westalliierten konnten an der Westfront entscheidende Durchbrüche erzielen und somit war klar, dass die letzten militärischen Reserven des Deutschen Reiches aufgebraucht waren und die totale Niederlage, die Besetzung Deutschlands, unmittelbar bevorstand. Ich kann mich noch gut erinnern, dass die Bevölkerung Anfang 1945 genau verfolgt hat, wer die größeren Geländefortschritte gemacht hat: die Anglo-Amerikaner im Westen oder die Russen im Osten. Letztere kamen relativ schnell nach der Eroberung Budapests nach Wien und Niederösterreich. Die Besetzung durch die Amerikaner wurde als das geringere Übel angesehen.

Gehler:

Sie haben uns zuvor eine Geschichte von einem Onkel erzählt, der im Osten im Zusammenhang mit der Verfolgung der Juden eingesetzt und über diese Vorgänge erschüttert war. Auch Sie waren von dieser Geschichte sehr betroffen.

Schmidhuber:

Mein Onkel war bei der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement eingesetzt und hat dort einmal Gelegenheit gehabt – die näheren Umstände sind mir nicht bekannt – das Vernichtungslager Treblinka zu besichtigen. Kurz vor Weihnachten 1944 erzählte er uns im Familienkreis von diesen Geschehnissen. Mein Onkel war völlig fassungslos demgegenüber. Mich hat diese Geschichte damals sehr beeindruckt, wobei man natürlich schon konstatieren muss – und das ist ja auch durch die Forschung dokumentiert worden –, dass das deutsche Volk über gewisse Informationen hinsichtlich der Behandlung und Verfolgung der Juden verfügte. Schon 1938/39 wusste man etwas, zumal ja die NS-Politik auf Unterdrückung, Diskriminierung und Emigration der Juden ausgerichtet war. Im Übrigen sind ab 1941 die Juden aus München nach Theresienstadt deportiert worden. Man hat gewusst, dass die Juden verfolgt werden. Ich meine, dass die deutsche Bevölkerung die Verfolgung zwar nicht gebilligt, sich aber angesichts drohender Repressionen des Regimes, inklusive der Drohung mit dem KZ, passiv

verhalten hat. Natürlich weiß ich das auch aus meiner Familie. Im Bekann-tenkreis meines Vaters fanden sich auch Juden, die Mandanten meines Va-ters waren. Die Verfolgung ist sehr bedauert worden. Im einen oder anderen Fall hat man auch versucht zu helfen, allerdings waren dem sehr enge Grenzen gesetzt.

Gehler:

Haben Sie in Ihrer Erinnerung prägende Persönlichkeiten, die Ihre Lehrer waren? Hatten Sie Vorbilder in Ihrer Jugend?

Schmidhuber:

Ja, ich hatte einen Lehrer in der 12. und 13. Klasse, der Geographie unter-richtete. Dieser Mann hatte eine gewisse Vergangenheit, weil er – bevor er in den Schuldienst eintrat – Referent beim VdA (Volksbund der Deutschen im Ausland) und daher mit der Volkstumspolitik in Südtirol sowie in den kleinräumigen Siedlungsgebieten auf dem Balkan vertraut war. Er hat uns damals schon in Geographie und im Geschichtsunterricht die geschichtli-chen Zusammenhänge deutlich gemacht. Ich habe von ihm sehr profitiert. Später stand ich noch in Verbindung mit ihm. Er ging in die Politik und wurde zunächst für die Bayernpartei, später für die CSU in den Bundestag gewählt. Bis zu seinem Tod hatten wir einen guten Kontakt.

Gehler:

Wie hieß dieser Mann?

Schmidhuber:

Benno Graf. Er war einmal für kurze Zeit Generalsekretär der Bayernpar-tei. Diese Partei ist ein ganz eigenartiger Zusammenschluss gewesen, der sehr stark auf die bayerische Lebensart abzielte und stark in Altbayern war, vor allem in Niederbayern, aber weniger in Franken. Die Dreiteilung Bay-erns in fränkische Bezirke, Schwaben, Altbayern spielte auch eine Rolle. Wir hatten auch einen Deutschlehrer, der viele Grenzen gesprengt hat. Auch er ist erst später in den Schuldienst gekommen, weil er vorher beim Rundfunk war. In erster Linie hat er die Leute angehalten, selbst etwas zu

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Papier zu bringen, zu schreiben, und damit zur Erweiterung des Horizonts beigetragen.

Gehler:

Sie sind 1952 zur CSU gekommen. Man kann aus Ihrem Lebenslauf entnehmen, dass einer Ihrer politischen Mentoren bzw. Ziehväter Josef Müller war, der als „Ochsensepp“ bekannt wurde und unter diesem Namen in die Geschichte eingegangen ist. Ist das zutreffend?

Schmidhuber:

Ich bin schon vorher beigetreten. Ich kannte Josef Müller gut, weil er damals der Bezirksvorsitzende der CSU in München war. Das war zu einer Zeit, als er die größeren Stürme seines politischen Lebens schon hinter sich gebracht hatte. Er war damals noch Landtagsabgeordneter. Sein Amt als Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident hat er wegen einer grotesken Auseinandersetzung aufgeben müssen. Diese ist gut dokumentiert: Müller war während des Krieges als Soldat Mitglied der Abwehr und hatte in dieser Funktion auch Verbindungen zum Vatikan, vor allem zu dem Jesuitenpater Leiber. Im Auftrag der Abwehr und des Admiral Canaris unternahm Müller viele Reisen. Er hat nach dem Krieg – das ist ja interessant für die damalige öffentliche Meinung – Schwierigkeiten gehabt, weil er damals beschuldigt worden ist, das Angriffsdatum für die Frankreich-Offensive der Wehrmacht verraten zu haben. Er hat sich zu dieser Sache nie präzise geäußert, auch nicht in seinem informellen Gesprächskreis, dem so genannten „Ochsensepp-Kreis“, der sich einmal die Woche traf und an dem ich regelmäßig teilnahm.

Nach dem Krieg hat es noch Leute gegeben, die solche Handlungen als verwerflich angesehen haben. Müller hatte innerhalb der Partei eine schwierige Position. Als Mitbegründer der CSU war er auch einige Jahre ihr Vorsitzender und außerdem der erste Lizenzträger des Landesverbandes dieser Partei. Er setzte sich immer massiv für eine Zusammenarbeit der christlichen Konfessionen in der CSU ein. Außerdem betrieb Müller immer eine „reichsfreundliche“ Politik, auch wenn sein Verhältnis zu Adenauer nicht konfliktfrei war. Im Gegensatz zu ihm standen Fritz Schäffer und

Alois Hundhammer, die eben doch die Eigenstaatlichkeit Bayerns stärker betonten und an die Ideologie der Bayerischen Volkspartei anknüpfen wollten. Mich hat Müller sehr beeindruckt. Das war ein Mensch, der in seinem Leben viel Leid erfahren hat. Er ist ja von einem Menschen verraten worden, der auch bei der Abwehr war. Er hieß ebenfalls Schmidhuber. Ich bin aber nicht mit diesem Mann verwandt. Für Müller war das natürlich ein Verdachtsmoment, weshalb er mich genau befragte.

Gehler:

Woher kommt eigentlich der Name „Ochsensepp“?

Schmidhuber:

Josef Müller stammte aus einer relativ armen Familie aus einem kleinen Dorf in Oberfranken und musste als Jugendlicher Vieh hüten. Daher stammt dieser Name.

Gehler:

Können Sie diesen Mann noch genauer charakterisieren? Sie haben gesagt, dass er eine beeindruckende Persönlichkeit für Sie war. Wir wissen, er steht am Anfang der Parteiengeschichte, der bayerischen Landesgeschichte und übrigens auch in der christlich-demokratischen Parteienkooperation.

Schmidhuber:

Müller war ein sehr offener und kommunikativer Mensch. Er fand leicht Kontakt zu Menschen, die er kennen lernte. Er hatte aber auch die Schwäche, dass er vielen Menschen zu sehr vertraut hat. Er war ein schlechter Menschenkenner.

Während seiner KZ-Haft hat er viele ausländische Politiker kennengelernt, mit denen er nach dem Krieg in Verbindung blieb. Von einem Teil seiner Partei hat er sich schlecht behandelt gefühlt. Auch Franz Josef Strauß hat seinerzeit eine etwas zwiespältige Rolle eingenommen. Müller hat später, als er nach der sogenannten Auerbach-Affäre wieder in eine führende Position zurückkehren wollte, eine große persönliche Niederlage erlitten, als er sich in einer Volkswahl als Münchner Oberbürgermeister bewarb. Er unter-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

lag dem SPD-Kandidaten Hans-Jochen Vogel eindeutig. Diese Niederlage bedeutete das Ende seiner politischen Karriere – ein Ende, das er nicht verdient hatte.

Gehler:

Sie haben Hans Ehard im Unterschied zu Josef Müller genannt, der als Franke eher den Reichsgedanken vor Augen hatte, während Ehard eher für das Bayerische stand. Ehard spielte zudem eine ganz entscheidende Rolle im Juni 1947 während der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz, als die ostdeutschen Ministerpräsidenten abreisten. Wie haben Sie dieses Szenario im Rückblick gesehen bzw. wie würden Sie den Ausgang dieser Konferenz mit Blick auf die weitere Entwicklung Deutschlands beurteilen?

Schmidhuber:

Der Gegensatz zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion war erst im Entstehen begriffen. Der Zusammenhalt des Reiches oder des Rests, der noch übrig geblieben war, war ein unstrittiges Ziel. Separatismus – wie die Überlegungen hinsichtlich einer Donauföderation – hatte kaum Anhänger. Hans Ehard wollte mit der Konferenz einen Beitrag zum Zusammenhalt Deutschlands leisten. Warum sollten sich die Deutschen auch von vornherein mit der Teilung abfinden, die in Teheran und in Jalta beschlossen wurde? Natürlich war klar, dass die sowjetische Besatzungsmacht mit diesen Absichten nicht einverstanden war und somit die vorzeitige Abreise der ostdeutschen Ministerpräsidenten erzwungen hat.

Gehler:

Hat man damals schon ahnen können, was es bedeutet, dass die Konferenz mit der Abreise der ostdeutschen Ministerpräsidenten scheiterte? Im Grunde war das ein ganz wesentlicher Schritt in Richtung der Teilung.

Schmidhuber:

Das ist richtig. Allerdings sollten auch die Querelen im Alliierten Kontrollrat, vor allem mit Blick auf Berlin im Auge behalten werden. Der Korea-Krieg ab 1950 tat dann das Übrige.

Gehler:

Ich würde jetzt gerne einen großen Sprung in die 1960er und 1970er Jahre machen. Sie sagten ja schon, dass Sie im bayerischen Staatsministerium als Abgeordneter im Landtag und als Rechtsanwalt in München tätig waren. Im Deutschen Bundestag waren Sie in den Jahren 1965 bis 1969 und von 1972 bis 1978 tätig. Das ist die Regierungsphase von zunächst noch Ludwig Erhard, woraufhin die Große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger und schließlich die sozialliberalen Koalitionen unter Willy Brandt und Walter Scheel bzw. Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher folgen. Wie haben Sie eigentlich die Regierungszeit und die Oppositionszeit erlebt? Was waren Ihre Erfahrungen im Deutschen Bundestag?

Schmidhuber:

Ich habe mich von vornherein immer auf eine regionale politische Basis konzentriert, nämlich München-West, wo ich auch ab 1959 Kreisvorsitzender der CSU war. 1960 wurde ich in den Stadtrat von München gewählt und dann 1965 in den Bundestag. Im Wahlkreis bin ich mit 218 Stimmen unterlegen, mir gelang aber über die Landesliste der Einzug ins Parlament. Das erste Jahr begann gleich mit Querelen. Der erste große Streit drehte sich darum, dass Franz Josef Strauß wieder Minister werden wollte, was aber Ludwig Erhard beim besten Willen nicht durchsetzen konnte, weil die FDP bzw. Erich Mende gesagt haben: Wir koalieren nur mit der CDU/CSU, wenn Strauß nicht dabei ist.

Gehler:

Warum eigentlich? Was gab es für Vorstellungen bzw. Aversionen gegenüber Strauß?

Schmidhuber:

Es ging um die Spiegel-Affäre 1962, in der die FDP das Vorgehen von Strauß gegen Rudolf Augstein und den Spiegel nicht gebilligt hat. Man brauchte auch noch Wahlkampfmunition, so dass die FDP behauptete, Strauß sei mit seinem Temperament nicht für das Amt des Verteidigungsministers geeignet. Wenn man seine Versammlungsreden hörte, konnte

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

man ihn tatsächlich für impulsiv halten. In der Realität war er jedoch eher ein Zauderer. Er hatte Schwierigkeiten sich zu entscheiden, wenn er die letzte Verantwortung trug bzw. es auf ihn ankam. Er hat alles immer wieder abgewogen und Entscheidungen verschoben. Ich kann mich an ein charakteristisches Beispiel während der Großen Koalition (1966-1969) erinnern: Er hatte mich in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender der CSU mit der Regelung einer fristgebundenen parteiinternen Angelegenheit betraut, aber sich die endgültige Entscheidung vorbehalten. Ich trug ihm meinen Entscheidungsvorschlag bei mehreren Gelegenheiten vor. Er verschob die Entscheidung bis kurz vor Fristablauf. Seine politischen Gegner schlossen aus seinen impulsiven öffentlichen Auftritten, dass er ein außenpolitisches Sicherheitsrisiko sei, was in keiner Weise seiner Entscheidungspraxis entsprach. Er war eher ein Zauderer, der Risiken seiner Entscheidungen eher überbewertete. Im Bierzelt und bei Versammlungsreden spielte er eine vollkommen andere Rolle als hinter dem Schreibtisch oder in Konferenzen.

Gehler:

Noch einmal zurück zu Bonn und Ihren Eindrücken aus dem Deutschen Bundestag.

Schmidhuber:

1965 war der Bundestag noch ein Honoratiorenparlament. Eine beachtliche Zahl von Abgeordneten saß vorher noch im Reichstag. Man hat sich mehr oder weniger hinten anstellen müssen. Ich hatte das Glück, dass ich gleich in den Wirtschaftsausschuss gekommen bin. Drei Vertreter der CSU saßen in diesem Gremium. Unser Sprecher war Siegfried Balke, ein führender Mann der Wirtschaft und früherer Postminister. Ich als junger Mensch und Anfänger habe mich natürlich in erster Linie noch relativ ruhig verhalten müssen. Es war sehr interessant. In dieser Periode, die fünfte des Deutschen Bundestags, sind unter der Großen Koalition wichtige Dinge entschieden worden: die Finanzreform, die Gründung der Ruhrkohle AG, die Sanierung von Krupp, das erste Konjunkturprogramm und das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. Diese Themen sind alle in den dreieinhalb Jahren verhandelt und entschieden worden.

Gehler:

Sie haben gesagt, dass Sie sich zunächst ruhig verhalten mussten. Sind Sie in der Oppositionszeit lauter geworden? Wie war überhaupt der Wechsel vom Bewusstsein, Teil einer Regierungspartei mit Sitz im Parlament zu sein zum Teil einer Oppositionspartei?

Schmidhuber:

In der Oppositionszeit hat man als einfacher Abgeordneter mehr Möglichkeiten, auf sich aufmerksam zu machen, weil man als Abgeordneter einer Regierungskoalition primär dazu angehalten ist, die Beschlüsse der Regierung zu verteidigen.

In der Opposition ist das ganz anders. Man hat viel größeren Bewegungsspielraum. Natürlich hat auch die Opposition eine große Linie, die man beachten muss. Es gibt aber eine ganze Reihe von Gestaltungsmöglichkeiten, u.a. die parlamentarischen Initiativen durch Kleine und Große Anfragen. Wenn man Abgeordneter der Regierungsmehrheit ist, müsste man ein solches Vorgehen erst mit dem Minister, der ja letzten Endes verantwortlich für die Richtung ist, abstimmen, bevor ein solcher Antrag eingereicht würde. In der Opposition muss der Fraktionsvorsitzende oder der Arbeitsgruppenleiter, der für das spezielle Politikfeld zuständig ist, einverstanden sein. Gerade als jüngerer Abgeordneter tut man sich in der Opposition leichter und kann eher auf sich aufmerksam machen als in der Regierung.

Gehler:

Wie haben Sie als junger Bundestagsabgeordneter zu dieser Zeit eigentlich das Europäische Parlament wahrgenommen?

Schmidhuber:

Damals ist ja das Europäische Parlament noch nicht direkt gewählt worden. Es wurden Leute aus dem Bundestag dorthin delegiert, die praktisch die Europapolitik gemacht haben. Von der CSU hat z.B. Hans-August Lückner, der früher der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes war, einen großen Einfluss genommen. Aufgrund personalpolitischer Entscheidungen konnte er nicht Landwirtschaftsminister in Bonn werden und wechselte so

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

nach Brüssel, wo er die europäische Agrarpolitik wesentlich mitbestimmte. Lücker hatte auch gute Beziehungen zu Robert Schuman. Bis zu seinem Tod hat Lücker das Seligsprechungsverfahren von Schuman betrieben. In Bayern hatten wir ein paar Leute, die in Brüssel aktiv waren. Neben Lücker war das z.B. Dr. Heinrich Aigner, der seit 1957 im Bundestag saß. Er hat sich große Verdienste um die Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments in der Haushaltspolitik erworben.

Gehler:

Waren die Aktivitäten Lückers und Aigners für Sie als Bundestagsabgeordneter viel sichtbarer und wahrnehmbarer als das, was ein Kiesinger, ein Brandt oder ein Schmidt auf der europäischen bzw. integrationspolitischen Ebene geleistet haben?

Schmidhuber:

Damals haben sich die Staats- und Regierungschefs nur höchst gelegentlich getroffen. Der Europäische Rat war zunächst ja noch gar nicht formalisiert. Anfangs waren die Außenminister die starken Männer und Persönlichkeiten von Seiten der Mitgliedsstaaten. Später gehörten dann auch die Finanzminister zu diesem Kreis. In wirtschaftspolitischen Entscheidungen war der Rat für Wirtschaft und Finanzen (Ecofin-Rat) zuständig, was aber insgesamt alles erst sehr langsam angelaufen ist. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ist ja erst 1958 in Gang gesetzt worden. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) von 1952 war ja nur eine sektorale Integration. Einer der führenden Leute in der Hohen Behörde der Montanunion kam aus dem Reichsfinanzministerium, Dr. Heinz Maria Oeftering.

Gehler:

Sprechen wir einmal über den zu dieser Zeit amtierenden Außenminister Heinrich von Brentano, über den nur wenig bekannt ist. Haben Sie Eindrücke oder Erfahrungen mit Blick auf die europa- bzw. integrationspolitischen Bemühungen dieses Mannes?

Schmidhuber:

Für Heinrich von Brentano standen andere Sachen auf der Agenda, u.a. die Pflege und Entwicklung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten. US-Präsident Kennedy hatte zu dieser Zeit die Abberufung des deutschen Botschafters, Prof. Wilhelm Georg Grewe, verlangt, wodurch die deutsch-amerikanischen Beziehungen getrübt worden waren. Außenpolitisch war das eine ungewöhnliche Sache, außer natürlich, der Botschafter wäre eines schwerwiegenden Vergehens beschuldigt worden. Die näheren Umstände, warum Grewe, der große Völkerrechtler, abberufen werden sollte, sind mir nicht bekannt.¹

Gehler:

Heinrich von Brentanos Nachfolger als Chef des Auswärtigen Amts war Gerhard Schröder. Wenn wir über diesen Mann sprechen, sind wir bei einem richtungsweisenden parteiinternen Streitpunkt über den außenpolitischen Kurs angelangt. Zwischen amerikanischer Entspannungspolitik und der Vision eines „europäischen Europas“ des französischen Präsidenten de Gaulle stritten Atlantiker und Gaullisten um das angemessene Verhältnis zu Washington bzw. Paris und um die Europa-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik. Strauß galt ja zeitweise als Gaullist und profilierte sich dann im Konflikt zwischen Atlantikern und Gaullisten. Wie haben Sie eigentlich diesen Streit erlebt bzw. wie ist dieser zu beurteilen?

Schmidhuber:

Das war ein mehr oder weniger innerparteilicher Streit. Damals hat die Außen- und Sicherheitspolitik einen anderen Stellenwert gehabt als heute. Prinzipiell standen bayerische Katholiken, flankiert von rheinisch-katholischen Konservativen, fränkischen und norddeutschen liberalen Protestanten gegenüber. Die erste Interessengruppe, zu der etwa Konrad Adenauer, Heinrich Krone und Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg

1 1962 gelangte ein streng vertrauliches Strategiepapier der Kennedy-Regierung über die Berlin-Frage an die Öffentlichkeit. Präsident John F. Kennedy vermutete dahinter eine Indiskretion innerhalb der deutschen Botschaft, weshalb er schließlich Bun-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

gehörten, orientierten sich eher an Pariser Positionen unter besonderer Betonung des deutsch-französischen Verhältnisses, während die Gegenseite um Gerhard Schröder und Ludwig Erhard vornehmlich die transatlantischen Beziehungen zu Washington ins Zentrum deutscher Außenpolitik gerückt wissen wollte. Zum Teil waren es Streitfragen, die man heute gar nicht so richtig verstehen kann. Es ging eigentlich letzten Endes um die Frage, ob man den Handlungsspielraum gegenüber den USA erweitern konnte. Aufgrund der politischen Realitäten waren dem aber enge Grenzen gesetzt.

Gehler:

Sie haben diesen Konflikt seinerzeit nicht so ernst genommen oder erst im Rückblick?

Schmidhuber:

Ich habe mich nicht daran beteiligt und mich nicht zu solchen Fragen geäußert, weil ich eher der Position von Schröder zuneigte. Herr Schröder stand ja Franz Josef Strauß, von dem ich nicht genau weiß, ob er sich jemals offen als Gaullist bezeichnet hat, zumindest jedoch dieser Haltung zugeneigt war, im Wege. Strauß wollte schließlich immer Außenminister werden. Schröder war aber der starke Mann aus Nordrhein-Westfalen und galt als Kandidat für die Nachfolge von Bundeskanzler Ludwig Erhard. Bei der Abstimmung in der CDU/CSU-Fraktion haben die Abgeordneten der CSU überwiegend für Kiesinger votiert. Ich persönlich habe allerdings Schröder gewählt. Strauß hatte einen großen Einfluss, so dass sich die Mehrheit für Kiesinger entschied. Das war auch in gewisser Weise eine Nord-Süd-Frage in Deutschland innerhalb der CDU/CSU. Schröder war ja ein Anwalt in Düsseldorf und sehr gut vernetzt. Nordrhein-Westfalen war immerhin der Schwerpunkt der deutschen Industrie bzw. Stahlindustrie, was sich dann erst im Laufe der Zeit veränderte. Adenauer lebte nicht mehr und Schröder war die unangefochtene Nummer eins in Nordrhein-Westfalen. Es war aber nicht opportun für mich, sich Schröder offen anzuschließen. Mein Vorgän-

deskanzler Adenauer drängte, den deutschen Botschafter Wilhelm Grewe abuberufen.

ger als Bevollmächtigter in Bonn, Herr Dr. Franz Heubl, hat sich damals in Sachen Gaullismus exponiert, was ihm ausgesprochen schlecht bekommen ist.

Gehler:

Von wem schlecht bekommen? Von der Bundespartei?

Schmidhuber:

Von Herrn Strauß, der jemanden beauftragt hat, ein Dossier gegen Herrn Heubl zu verfassen. Dieses Dossier ist den Mitgliedern des Landesvorstands zugestellt worden. Heubl sollte unmöglich gemacht werden, was aber schief ging, weil Heubl auch seine Anhänger hatte. Ich war eigentlich immer auf seiner Seite, vor allem weil ich die Initiative von Strauß in Form und Inhalt nicht gebilligt habe. Das Dossier musste in der Folge zurückgezogen werden. Der *Spiegel* war natürlich schon im Besitz dieses Papiers. Auf Antrag der Opposition wurde im Bayerischen Landtag ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der außer einigen Peinlichkeiten nichts Genaueres ans Licht brachte.

Gehler:

Kommen wir noch einmal auf Franz Josef Strauß zurück. Sie haben gesagt, dass er immer gerne Außenminister werden wollte und die FDP im Grunde immer dieser Ambition im Wege stand. Sie haben ihn lange als Bundestagsabgeordneter, als Minister in Bayern und EU-Kommissar erlebt. Was hatte Strauß eigentlich für eine europapolitische Vorstellung? Wie haben Sie seine parteipolitische Außenpolitik gesehen? Er war später immerhin auch im Rahmen der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) und in der European Democrat Union (EDU) tätig.

Schmidhuber:

Das vorrangige Faktum für Strauß war natürlich die Bedrohung durch die Sowjetunion. Strauß war als Offizier selbst lange an der Ostfront im Zweiten Weltkrieg gewesen. Für ihn waren diese Erlebnisse prägend. Er hat eine Außenpolitik betrieben, die darauf abzielte, die durch die Sowjetunion empfundene Bedrohung zu neutralisieren. Die antisowjetische Haltung hat

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

er lange durchgehalten, bis zur Gewährung des Milliardenkredits an die DDR im Jahr 1983. Strauß hat sich gesagt: Wenn der Kohl meint, dass ich mit denen im Osten nicht kann, dann täuscht der sich! Strauß hat sich ja sehr um einen Termin in Moskau bemüht, woraus lange Zeit nichts geworden ist. Erst als Leonid Breschnew einmal in Bonn war, erhielten wir eine kurze Audienz bei ihm.

Mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) hatte Strauß keine größeren Berührungspunkte. Er war aus weltpolitischen Gründen ein Befürworter der europäischen Integration, die Einzelheiten interessierten ihn weniger. Im Übrigen nahm er damit eine ähnliche Haltung ein wie Herbert Wehner. Wehner war kurze Zeit im Europäischen Parlament, aber zu mir sagte er einmal: „Da bin ich gleich wieder herausgegangen, weil das uninteressant ist! Das ist verlorene Zeit.“ Für einen strategischen Denker wie Wehner war die Arbeit in der Parlamentarischen Versammlung in Straßburg nicht adäquat.

Gehler:

Deckt sich die Wehnersche Einschätzung eigentlich – kurzer Seitensprung – mit Ihren Erlebnissen, die Sie in der kurzen Zeit, die Sie beim Europarat oder bei der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) verbracht haben oder haben Sie andere Erfahrungen sammeln können?

Schmidhuber:

Ich war nur deswegen so kurz beim Europarat, weil ich 1978 nach nur zweijähriger Amtszeit mein Mandat niederlegen musste, da ich für den Bayerischen Landtag kandidierte und in diesen gewählt wurde. Grundsätzlich habe ich die Tätigkeit im Europarat durchaus als interessant empfunden, weil sich der Europarat mit einer breiten Palette an Themen beschäftigt hat, z.B. mit der Auflösung der Irrenhäuser in Italien, wobei Menschenrechte immer eine zentrale Rolle spielten. Ich war im Rahmen meiner Tätigkeit dort auch im Wirtschaftsausschuss vertreten. Der Kreis des Europarats war wesentlich größer als der der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bzw. der EG. Der Europarat hat im Übrigen ein anderes Aufgabengebiet als die Europäische Union (EU).

Als ich später Minister für Bundesangelegenheiten wurde, war ich auch Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO, genauer gesagt im Wirtschaftsausschuss. Dort wurden hochinteressante geostrategische Themen besprochen bzw. verhandelt. Wir haben auch interessante Reisen an besonders neuralgische Punkte gemacht. Damals hat schon die Frage der Ölressourcen eine Rolle gespielt, was heute noch brandaktuell ist. Die Amerikaner haben dieses Problem schon sehr lange im Auge gehabt und damals schon in Alaska die erste Pipeline aus Prudhoe Bay zu den Pazifikhäfen in Valdez gebaut. Auch die Investition in die Förderung von Teersanden in Kanada wurde vorangetrieben, was danach auf Sparflamme gestellt wurde: Der Ölpreis muss erst eine gewisse Höhe erreicht haben, damit die Förderung rentabel wird. Heute hat der Ölpreis die nötige Höhe, so dass die Ausbeutung stark erhöht wird. Andere Länder haben darauf einen geringen Einfluss.

Gehler:

Sie haben ja erwähnt, dass es interessant war, welche geostrategischen Überlegungen dort diskutiert wurden. Das deutet ja eher noch auf das Denken im Kalten Krieg hin. Wenige Jahre zuvor, 1975, wurde ja die Helsinki-Schlussakte verabschiedet und dieser Zeitraum wird als Entspannungsphase bezeichnet. War das für Sie aus Sicht der NATO weniger der Fall? War das keine Entspannung?

Schmidhuber:

Es gibt einen großen Unterschied zwischen kontinentaleuropäischem Denken und dem der Amerikaner. Die USA haben immer einen großen Wert auf eine Art von Autarkie gelegt. Zur damaligen Zeit haben sie ihre Ölreserven auf dem amerikanischen Territorium geschont und hauptsächlich Öl aus Saudi-Arabien, wo die größten bekannten Reserven zu finden sind, importiert. Die deutsche Energiepolitik konzentrierte sich in ihren Interventionen auf die Kohlevorkommen an Ruhr und Saar, soweit diese mit den Regeln der Montanunion vereinbar waren. Hinsichtlich der Versorgung mit Rohöl und Raffinerieprodukten vertraute man auf den Weltmarkt, wenn man einmal von der Episode der Deutschen Mineralöl-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Explorationsgesellschaft (Deminex), einer staatlich subventionierten Erdöl-explorationsgesellschaft, absieht.

Gehler:

Wann sind Sie eigentlich erstmals mit Europa in Berührung gekommen? Studiert man Ihren Lebenslauf, so kann man feststellen, dass Sie nominell 1976 bis 1978 im Europarat und in der Versammlung der Westeuropäischen Union tätig waren. Was hatten Sie damals für ein Bild von Europa? Wann haben Sie es auch als Chance für Politik wahrgenommen?

Schmidhuber:

Europa war damals in den 1950er Jahren die Hoffnung der jungen Leute. Es war die Hoffnung, aus der Misere des besiegten Landes herauszukommen. Ende der 1950er Jahre haben die Amerikaner viel Geld in der NATO zur Verfügung gestellt, um Überzeugungsarbeit für die Sache des Westens zu leisten. Vor allem die jungen Leute sollten sich mit den neuen strategischen Fragestellungen des Kalten Krieges vertraut machen. Das NATO-Hauptquartier war ja zu dieser Zeit noch in Paris. Ich hatte damals eine Funktion in der Jungen Union und habe in diesem Zusammenhang mehrere Male junge Leute, vor allem Studenten, nach Paris begleitet. Ein pluralistisches Europa, das Freizügigkeit und Freiheit garantierte, war der Traum vieler junger Menschen.

Gehler:

Es gab durchaus ein starkes Bewusstsein für Europa seit den 1950er Jahren auch in Ihrem Denken?

Schmidhuber:

Ja, man muss auch Folgendes berücksichtigen: Was die „Beeinflussung“ der Bevölkerung angeht, wurden wesentlich größere Anstrengungen unternommen als heute.

Gehler:

Gab es eine andere Medien- und Kommunikationspolitik und Pressearbeit?

Schmidhuber:

Dies war die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK) und anderer Organisationen, die von der Bundesregierung subventioniert wurden. Man muss sich vergegenwärtigen, dass 1955 der NATO-Beitritt erfolgte, nicht einmal zehn Jahre nach der totalen Niederlage der Deutschen Wehrmacht. Die besiegten Soldaten waren jetzt Träger des Wiederaufbaus. Die Parole „Nie wieder Krieg!“ war Signal eines weit verbreiteten Pazifismus. Es musste etwas unternommen werden, um die Bevölkerung auf die neue Gefahrensituation einzustimmen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) hatte Bedenken gegen diesen Kurs. Sie hatte im Bundestag gegen die europäische Integration und den NATO-Beitritt gestimmt.

Bei den Koalitionsverhandlungen über die Große Koalition (1966) verlangte die SPD die Streichung der Subventionen für die ADK. Das war aus Sicht der SPD verständlich. Neben dem NATO-Beitritt hat auch die europäische Integration bei der Arbeit der ADK eine große Rolle gespielt. Viele Lehrer und Fachleute, die für Vorträge in Frage kamen, haben im Rahmen der ADK im Sinn der Regierung referiert. Dadurch konnte ein gewisser Meinungsumschwung erzielt werden. Es gab natürlich auch andere Strömungen, etwa einen Zusammenschluss von Soldaten des Jahrgangs 1922. Der Geburtsjahrgang 1922 hatte die größten Verluste erlitten. Man hat zwar keine Begeisterung für die NATO hervorrufen, aber immerhin Widerstände abbauen können.

Gehler:

Würden Sie sich in den 1970er Jahren, wo Sie nun auch mit Europa institutionell und organisatorisch in Berührung kommen und in Verbindung treten, als föderalistisch bezeichnen? Wir wissen, dass Helmut Kohl in den 1970er Jahren sehr föderalistisch ausgerichtet war und für eine politische Union Europas eintrat. Wie war Ihre Vorstellung von Europa und davon, was Europa sein sollte, werden würde oder werden müsste?

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Schmidhuber:

Man hat immer davon gesprochen, dass eine politische Union angestrebt wird, aber diese Union nicht definiert. Wenn Sie etwa das Buch „Der unvollendete Bundesstaat“ von Walter Hallstein lesen, dann sehen Sie, dass er sich ausführlich mit diesen Fragen beschäftigt, aber eben als Endziel, ohne zeitliche Vorgaben. Man muss sich auch überlegen, welchen weiten Weg wir in Europa schon gegangen sind: von der Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich bis zu den heutigen Befindlichkeiten, wo zwar auch nicht alles Gold ist, was glänzt – ganz klar, es gibt nach wie vor auch Unterschiede und Aversionen – aber wir es im Grunde mit einer nie dagewesenen Phase des Friedens und der Stabilität in Europa zu tun haben. Die heutige Situation ist überhaupt nicht mehr mit der Lage am Ende des Krieges zu vergleichen.

Gehler:

Welche Vorstellungen hatten Sie von einem Europa in den 1970er und 1980er Jahren? Das ist die Zeit, in der Sie auf dem Weg nach Brüssel sind und Kommissar werden. Heften Sie auch Ambitionen für einen europäischen Bundesstaat?

Schmidhuber:

Nein, wir haben damals alle vom europäischen Bundesstaat geredet, aber unter anderen Bedingungen, das dürfen Sie nicht vergessen. Ein europäischer Bundesstaat unter den sechs Gründungsstaaten der EU wäre realisierbar gewesen. Dieses Projekt wurde schon bei der Süderweiterung mit Spanien, Portugal und Griechenland zum Problem, weil sich damit die politische Kultur der gesamten EG veränderte. Bei der vorher erfolgten Norde Erweiterung war es dasselbe. Und in der heutigen Zeit ist es mit der Osterweiterung wieder nichts anderes. Man muss schon sehr mutig sein, wenn man unter heutigen Bedingungen das Wort vom Bundesstaat in den Mund nimmt. Diese 27 Mitgliedsstaaten in eine gesamtstaatliche Formation zu bringen ist extrem schwierig. Vor allen Dingen auch weil die zehn Mitgliedsstaaten Mitteleuropas ohnehin viele Jahrzehnte darunter litten, dass sie nur eingeschränkte Souveränität hatten, schon aufgrund der Bre-

schnew-Doktrin. Aber auch vorher waren sie von der Sowjetunion abhängig, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Die Schaltzentrale war ja immer in Moskau.

Auf die heutige Zeit bezogen, kann ich nur sagen, dass es schwierig, wenn nicht utopisch ist, das Ziel eines europäischen Bundesstaates zu realisieren. Man sollte die Idee, meiner Meinung nach, aber dennoch nicht aufgeben, denn auf Dauer – sagen wir einmal in einem großen Zeithorizont von 20 bis 30 Jahren – müsste schon wegen der Währungsunion eine Verfestigung etwa in Form einer politischen Union bewerkstelligt werden. Andernfalls kommt es vielleicht wieder zu solchen Krisen wie wir sie gegenwärtig erleben.

Gehler:

Kann man davon ausgehen, dass mit den einzelnen Erweiterungsschritten, Norderweiterung, Süderweiterung, die neutralen Staaten, die große Osterweiterung mit zehn bzw. zwölf neuen Mitgliedern, im Grunde die Chancen auf eine bundesstaatliche Konstruktion Europas, sukzessive minimiert wurden?

Schmidhuber:

Das haben die Engländer immer gesagt: „softening by widening.“ Das stimmt. Die EU ist nicht entstanden „by a grand design“, sondern es war „integration by default“, wie die Amerikaner sagen, also in erster Linie anlassbezogen. Wir haben jetzt ein vorläufiges Ergebnis durch den Vertrag von Lissabon, mit dem man, meiner Meinung nach, eine Zeit lang auskommen muss.

Gehler:

Ich würde gerne noch auf die Frage eingehen, wie Sie nach Brüssel kamen. Wie wurden Sie EU-Kommissar? Wie wird ein deutscher, ein bayerischer Politiker Kommissar in Brüssel?

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Schmidhuber:

Zu der Zeit als ich zum Kommissar ernannt wurde, schickte sich die EG an, die Einheitliche Europäische Akte (EEA) umzusetzen, um einen weiteren Vertiefungsschritt zu gehen. Die EEA war die Grundlage für den Binnenmarkt. Nach Brüssel bin ich wie folgt gekommen: Man hat sich zunächst überlegt, wer vom Führungspersonal dorthin gehen soll. Erstens war ich bereit dazu und außerdem war Strauß auch damit einverstanden, denn er war ja derjenige, der die Entscheidung traf. Die damaligen vier Bundesminister der CSU, Friedrich Zimmermann, Werner Dollinger, Ignaz Kiechle und Jürgen Warnke zeigten kein Interesse. Unter dem eigentlichen Führungspersonal hatte ich damals keine Konkurrenz. Alle waren damit einverstanden, dass ich nach Brüssel gehe. Ich hatte einfach keine starke Konkurrenz. Es gab jemanden, der Europaabgeordneter war und meinte, er sei viel geeigneter als ich. Er konnte sich aber nicht durchsetzen.

Gehler:

Sie waren Mitglied der EG-Kommissionen Delors I bis III und haben auch den Vorgänger Jacques Delors‘, Gaston Thorn, noch als Außenstehender erlebt. Thorn, ein Luxemburger, war Angehöriger eines Kleinstaates und hatte ganz andere Rahmenbedingungen zu der Zeit als er Kommissionspräsident war.

Schmidhuber:

Das war eine Phase der Stagnation.

Gehler:

Die Phase der so genannten Eurosklerose.

Schmidhuber:

Das war etwas anderes. Der Begriff der Eurosklerose entstammt einem Buchtitel eines US-amerikanischen Autors. Das Buch befasste sich mit dem angeblichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergang Europas. Es ist in Vergessenheit geraten. Allerdings hatte dieser Mann nicht ganz Unrecht, denn es war schon eine Periode der Stagnation. Wenn man

früher vom „kranken Mann am Bosphorus“ sprach, so hat man in dieser Zeit von den „Schwachmännern“ in Europa gesprochen. Diese Phase ist dann aber relativ rasch überwunden worden.

Thorn war ein Liberaler, der auch in seinem Land nur eine relativ schmale politische Basis hatte, wo eine Koalition unter Führung von Sozialdemokraten regierte. Die Christdemokraten waren in der Opposition.

Die Liberalen waren in Luxemburg immer stärker als in Deutschland. Thorn war in seiner Gestaltungskraft als Kommissionspräsident beschränkt: Es war eine Phase integrationspolitischer und wirtschaftlicher Stagnation. Hinzu kam, dass er zu wenig Rückendeckung, gerade in seinem eigenen Land, hatte, um die Stagnation überwinden zu können. Er hatte starke Vizepräsidenten, die ihn mehr oder weniger ignoriert haben. Für ihn war es wirklich nicht leicht. Er steht ja damit nicht allein. In der Geschichte der Kommission gab es verschiedene solche Phasen. Für diese Phasen sind ja auch in erster Linie die Staats- und Regierungschefs verantwortlich und weniger der Kommissionspräsident, der es am Ende aber büßen muss. Es sei denn, man tritt wie Delors mit dem entsprechenden Selbstbewusstsein den Regierungschefs gegenüber. Delors hat ja direkten Kontakt zu vielen Regierungschefs gesucht und gefunden und dadurch natürlich seinen Einfluss vergrößert.

Gehler:

Delors ist ein Stichwort. Es interessiert uns sehr, wie Sie diesen Mann in Erinnerung bzw. wie Sie ihn erlebt haben. Delors als Kommissionspräsident ist jemand, der fast schon mythisch bewundert und verehrt wird. Wie haben Sie ihn in der realen Erfahrungswelt der Kommission erlebt?

Schmidhuber:

Ich habe sehr gut mit ihm zusammengearbeitet. Er war eine außerordentliche Persönlichkeit, weil er in sich zwei Persönlichkeitselemente vereinigte, die normalerweise gar nicht zusammengehören. Er war auf der einen Seite ein Visionär. Er hat das große Ziel der integrationspolitischen Vertiefung vor Augen gehabt und dieses nie außer Acht gelassen. Auf der anderen Seite war er ein gewiefter Taktiker und auch Menschenkenner. Er hat die Leu-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

te richtig beurteilen und behandeln können. Nur einmal habe ich erlebt, dass ihm das nicht gelungen ist: Als Lech Wałęsa vor der Kommission sprach. Vorher war in der Kommission in Aussicht gestellt worden, dass Wałęsa – von dem bekannt war, dass er gerne und viel redet – in 20 Minuten eine Einführung geben sollte. Dann sollte eine Diskussion mit der Kommission beginnen. Wałęsa sprach dann über eine Stunde lang und ließ sich überhaupt nicht abhalten. Auch Delors konnte ihn nicht bremsen. Der Kommissionspräsident hat auch viel Zeit darauf verwendet, mit den Entscheidungsträgern in den Mitgliedstaaten in direktem Kontakt für seine Ideen zu werben. Sonst wäre die Währungsunion wohl nicht zustande gekommen. Die Initiative auf dem Gipfel von Hannover 1988 ist mit Billigung von Bundeskanzler Kohl eindeutig vor den Umwälzungen in der DDR erfolgt.

Gehler:

Ich würde gerne auf das transatlantische Verhältnis zwischen EG bzw. EU und USA zu sprechen kommen. Sie waren ja im Haushaltsressort bei der Kommission tätig. Wie würden sie die Beziehungen zwischen Brüssel und Washington in Bezug auf sicherheits-, finanz- und handelspolitische Fragen bis 1989 charakterisieren?

Schmidhuber:

Die sicherheitspolitischen Fragen waren damals noch nicht Gegenstand des EWG-Vertrages. Das kam ja erst später mit dem Vertrag von Maastricht. Die Beziehungen zu den USA waren und sind in erster Linie handelspolitischer Natur. Eines der Themen, das vor allem die Franzosen und Herrn Delors aufregte, war das Eindringen der US-amerikanischen Massenzivilisation nach Europa, insbesondere Filme und Musik. Der Absatz von landwirtschaftlichen Erzeugnissen der USA in der EU spielt nach wie vor eine große Rolle. Die Wirtschaftsordnungen der USA und der EU vertrauen auf die zentrale Steuerungsfunktion der Märkte, aber weisen in vielen Bereichen erhebliche Unterschiede auf. Der Wettbewerbspolitik der Kommission gelang es, marktbeherrschende Stellungen von Unternehmen der US-Wirtschaft in Europa zurückzudrängen.

Gehler:

Haben die USA zur der Zeit als Sie Mitglied in drei Kommissionen waren, die Europäischen Gemeinschaften und dann mit Maastricht die EU überhaupt wirklich ernst genommen?

Schmidhuber:

Der amerikanische Botschafter bei der EWG, Stuart Eizenstadt, war relativ häufig bei mir und trug ausführlich den Standpunkt seiner Regierung vor, diskutierte aktuelle Fragen und äußerte Wünsche und Ratschläge.

Gehler:

Darf man fragen, in welche Richtung diese Ratschläge gingen?

Schmidhuber:

Natürlich gingen diese in Richtung der amerikanischen Interessen. Der EG-Haushalt spielte dabei nur am Rande eine Rolle, wenn es nicht gerade um Subventionen insbesondere für die Landwirtschaft ging.

Gehler:

Kann man das Bild soweit grob zeichnen, dass Handels- und Kulturpolitik die wesentlichen Aspekte waren, aber Währungs- und Sicherheitspolitik, harte klassische Politik, eigentlich nicht im Vordergrund standen?

Schmidhuber:

Die Währungspolitik wurde ja in einem anderen Gremium, in der G7, verhandelt. Delors hat lange darum kämpfen müssen, dass die Kommission an der G7 beteiligt wird. Es ist dem politischen Talent Delors zu verdanken, dass er die europäischen Partner dazu brachte, gegenüber Kanada und den USA zu verlangen, dass die Kommission in dieses Gremium aufgenommen wurde.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gehler:

Die Hannoversche Politikwissenschaftlerin Christiane Lemke hat in Bezug auf das transatlantische Verhältnis davon gesprochen, dass Europa heute aufgrund der Heterogenität und der unterschiedlichen Meinungen in den Einzelstaaten für die USA ein „unbekannter“ Partner sei. Wie würden Sie diese Aussage auf Ihre Amtszeit beziehen? War Europa damals für die USA auch ein unbekannter Partner?

Schmidhuber:

Das ist eine griffige Formulierung. Es geht zurück auf das Diktum Kissingers, der in seiner Zeit als US-Außenminister Mitte der 1970er Jahre fragte, welche Telefonnummer Europa habe. Mit dieser Frage wollte er deutlich machen, dass die EG-Staaten nicht zu einem gemeinsamen außenpolitischen Handeln in der Lage waren. Heute könnte man den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, oder aus protokollarischen Gründen eher die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Baroness Catherine Ashton, anrufen. Dass sich die Amerikaner zu wenig mit Europa beschäftigen, glaube ich nicht. Das State Department ist wieder eine andere Sache. Aber die amerikanischen „think tanks“, die ja die Experten für die Regierung zur Verfügung stellen – beispielsweise Politikwissenschaftler wie Robert Kagan oder Fareed Zakaria, den Chefredakteur der *Newsweek International* – beschäftigen sich intensiv mit Europa. Wir sind natürlich im Interesse der USA zurückgefallen. Heute schaut man eher nach China oder auch nach Lateinamerika. Das ist ein wesentlich schwierigeres Problem für die USA. Es ist eigentlich unser Interesse – das wird ja immer etwas vernachlässigt –, dass wir nach wie vor mit der Weltmacht USA einen guten Kontakt haben. Die EU wird von US-amerikanischen Politologen wegen Vernachlässigung von Machtfragen kritisiert. Wir sagen, die EU ist eine Friedensmacht mit sehr viel „soft power“, bloß keiner anderen. Der damalige Verteidigungsminister Rumsfeld sagte, dass „old Europe“ keine Kraft mehr habe und man auf „new Europe“ setzen müsse, das dann auch Soldaten in den Irak geschickt hat. Es ist ein prekäres Verhältnis. Nicht, weil wir in den USA nicht bekannt sind, sondern weil wir als Bündnispartner sehr zögerlich sind. Das muss man auch sehen.

Am Irakkrieg beteiligte sich nur die Hälfte der Europäer, in Afghanistan zogen auch die Deutschen mit. Von Begeisterung war aber keine Rede. Die Amerikaner haben uns nicht zu Unrecht vorgehalten, dass wir in der deutschen Öffentlichkeit – das ist eine gefährliche Sache – den Afghanistaneinsatz dargestellt haben, als ob Entwicklungshelfer mit einem Revolver in der Tasche zur Selbstverteidigung dort tätig sind. Das ist ein Irrtum. Es ist eine militärische Intervention gewesen, was man auch dem deutschen Volk nicht mit der genügenden Klarheit mitgeteilt hat.

Gehler:

Ich würde gerne noch einmal auf Ihre Zeit von 1987 bis 1995 zurückkommen. Sie waren ja in der Kommission Delors I bis III und haben dutzende Kommissare erlebt. Sie hatten verschiedene Aufgabenreiche bzw. Ressorts wie Haushaltskontrolle, davor Regionalpolitik, dann Makroökonomie. Auch der Kohäsionsfonds ist ein Thema. Wenn Sie zurückblicken – das ist natürlich ein summarisches Urteil, was wir jetzt von Ihnen verlangen: Wie hat sich die Kommission Delors entwickelt? Sind für Sie Unterschiede erkennbar gewesen? Gab es eine Entwicklungsdynamik dahingehend, dass sich die einzelnen Kommissare mit dieser Führungsfigur Delors auch begannen zu identifizieren? Stimmt die Chemie in der Kommission oder gab es auch Widerstände und Hindernisse innerhalb der Kommission?

Schmidhuber:

Die Führungskraft Delors‘ in der Kommission war beeindruckend, aber natürlich waren auch innerhalb der Kommission nicht alle in gleicher Weise von ihm begeistert. Einer seiner härtesten Widersacher war der aus Spanien stammende Vizepräsident Manuel Marin.

Die Kommission ist eine kollegiale Behörde, was heißt, dass sie über alles gemeinsam entscheidet. Natürlich spielt es eine Rolle, dass die einzelnen Kommissare nicht wahllos in irgendein anderes Ressort hineinfunkeln, aber letzten Endes hat man eine gemeinsame Verantwortung. Der Präsident muss sich Mehrheiten suchen und seinen Führungsanspruch durchsetzen. Jemand, der z.B. nicht unbedingt gegen Delors war, aber sehr darauf Wert gelegt hat, ein eigenes Profil zu entwickeln, war Peter Sutherland, der iri-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

sche Wettbewerbskommissar. Francis Arthur Cockfield wiederum war ein Schwergewicht eigener Art. Er hat sich auch das eine oder andere Mal mit Delors angelegt, wenngleich Delors gegenüber Cockfield sehr viel vorsichtiger war als gegenüber dem griechischen Kommissar, denn die Griechen hatten ja leider immer eine etwas schwierige Position.

Gehler:

Die Kommissionen sind ja relativ unterschiedlich zusammengesetzt. Wie erklärt sich eigentlich diese doch unterschiedliche Zusammensetzung? Die Kommission Delors I amtierte von 1985 bis 1989, Delors II von 1989 bis 1993 und Delors III von 1993 bis 1995.

Schmidhuber:

Abel Matutes war der zweite Spanier in der Kommission Delors, der bis 1994 amtierte. Er war ein sehr reicher Hotelunternehmer aus Ibiza. Er war früher Boxer und ein konservativer Mann. Er verstand viel vom Kapitalmarkt. Beschäftigung und Wirtschaft gehört zur Makroökonomie.

Die Portugiesen waren sehr stark an der Fischerei interessiert, weshalb auch António Cardoso e Cunha, ein Konservativer, Fischerei-Kommissar wurde. Der italienische Kommissar, Carlo Ripa di Meana, der zweite Italiener, war ein sehr interessanter Mensch. Er hatte in Prag einen kommunistischen Jugendverband betreut, der die Weltjugendfestspiele veranstaltete. Er war ein Graf, der einmal Kommunist war, allerdings ein sehr kultivierter. Zur damaligen Zeit wollte er aber von seiner Vergangenheit nicht mehr viel wissen.

Claude Cheysson, der zweite Franzose, war im Übrigen kein Konservativer. Er war ein Linksliberaler, der in der staatlichen Industrie Karriere gemacht hatte.

Über Lord Cockfield haben wir ja bereits gesprochen. Er kam aus der „Business Community“. Er war eine ganz starke Figur. Sein Verhältnis zu Frau Thatcher war relativ undurchsichtig. Er war ein sehr selbstbewusster und auch reicher Mensch, so dass er sich kaum jemandem unterordnete. Er war eine Figur, die ich als ganz toll empfand. Er war ein Kämpfer, der unglaublich dynamisch und potent war.

Gehler:

Cockfield gilt als jemand, der in den Modalitäten, in der Umsetzungsart des Binnenmarktes im Grunde Thatcher durch seine sehr starke und eigenwillige Position quasi vor vollendete Tatsachen gestellt haben soll?

Schmidhuber:

Ich glaube nicht, dass Frau Thatcher auf Cockfield größeren Einfluss ausüben konnte. In der Ausrichtung der Politik waren sie aber einer Meinung. Darin, dass der Binnenmarkt Großbritannien nützt und dass man alle Hindernisse beseitigen muss, stimmten beide überein, wenngleich es in der Deregulierungspolitik schwierig war, auch aufgrund der juristischen Komplexität. Cockfield machte aber immer Dampf und setzte es in relativ kurzer Zeit durch. Er hielt sich auch viel in England auf.

Frans Andriessen, der Niederländer, war Vizepräsident und ein sehr erfahrener Mann. Er war in der vorherigen Kommission unter Gaston Thorn Wettbewerbskommissar. Er war, was institutionelle Fragen anlangt, konservativ. Hier war er nicht immer einer Meinung mit Delors. Andriessen war ein Anhänger der Theorie des „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, die ich nach wie vor befürworte und für zielführend halte, was aber heute aufgrund der Vertragssituation fast nicht mehr erreichbar ist. Man müsste ja 15 Mitglieder degradieren. Wie das gehen soll, sehe ich nicht. Man hat es versäumt.

Grigoris Varfis, der Grieche, war ein netter Kerl, der nichts zu sagen hatte. Er wollte auch nichts sagen. Er war Kettenraucher. Er saß in der Kommission neben mir. Links saß Ripa die Meana, rechts Varfis. Er war Sozialist. Er hatte eine kleine Insel. Er war ein angenehmer Kollege.

Mein Vorgänger im Haushaltsressort und spätere Vizepräsident Henning Christophersen aus Dänemark war ein Liberaler. Er lebt heute noch in Brüssel. Er war immer schon auf ein eigenes Profil bedacht und verhandelte häufig mit prominenten Leuten aus Politik und Wirtschaft, was Delors nicht immer gefiel.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Vizepräsident Karl-Heinz Narjes hatte das wichtige Forschungsressort und hat großen Einfluss genommen. Er war natürlich sehr gut vernetzt, weil er auch sehr lange in Brüssel war. Er gab nur ein kurzes Gastspiel als nationaler Politiker in Kiel und in Bonn. Er kam in Brüssel auch nur zum Zuge, weil Kurt Biedenkopf in Nordrhein-Westfalen bleiben wollte. Helmut Kohl und Franz Josef Strauß waren sich einig, dass Biedenkopf nach Brüssel gehen sollte. Der betrachtete das aber als Abschiebung und lehnte ab. Strauß sandte mich daraufhin zu Biedenkopf, um ihm den Posten in Brüssel schmackhaft zu machen. Biedenkopf meinte aber: Sie brauchen gar nicht weiter reden. Für mich kommt das nicht in Frage. Er wollte nicht weg, weshalb man sich dann auf Narjes einigte.

Lorenzo Natali, von der Democrazia Cristiana war der italienische Vizepräsident und für Entwicklungspolitik zuständig. Er war damals schon ein älterer Herr, der aber über große politische Erfahrung verfügte. Lange Zeit war er in führenden Stellungen in Italien. Natali hat sich als „elder statesman“ gefühlt und präsentiert.

Manuel Marin war ein relativ junger Mann und Sozialist. Er war in gewisser Weise zur damaligen Zeit ein Konkurrent des spanischen Regierungschefs Felipe Gonzáles. Daher wurde er auch in der Zeit der konservativen Regierung nach Brüssel geschickt. Wenn ein Land zwei Kommissare stellte, war es häufig üblich, dass die beiden großen Parteien eines Landes je einen Kommissar stellten, was auch sinnvoll ist, um somit das Verständnis für die europäische Integration zu festigen.

Nicolas Mosar, der Luxemburger, war Energiekommissar. Die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) war damals schon eine veraltete Angelegenheit. Die großen Reformen in der Energiepolitik wurden erst später durchgeführt während Delors II und III.

Peter Sutherland, den ich schon beschrieben habe, war ein sehr ehrgeiziger Mann. Vorher war er Generalstaatsanwalt in Dublin. Er war kein Parlamentarier. Er machte dann eine große Karriere beim General Agreement on Tariffs and Trade (GATT, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, heute die World Trade Organization (WTO, Welthandelsorganisation) und später in der Industrie.

Stanley Clinton Davies, britischer Kommissar für Umwelt, gehörte der Labour Party an. Er war ein sehr liebenswürdiger Mensch, der sich sehr für soziale Fragen und natürlich Umweltschutz interessierte und engagierte.

Die Handelspolitik war das Ressort des Liberalen Willy De Clercq, ein französischsprachiger Flame. In der Nähe der Kanalküste gibt es ein Gebiet, wo auch Flamen französischsprachig sind. Natürlich sprach De Clercq auch deutsch, dennoch war er frankophon.

Bruce Millan hatte das Ressort für Regionalpolitik in der Kommission Delors II und III inne. Er war Schotte. Vorher war er Minister für Schottland im Londoner Kabinett. Millan war ein energischer Labourmann, der die Regionalpolitik auch voranbrachte. Er war charismatisch, nicht bloß weil er zu sagen pflegte, dass man als Schotte selbstverständlich keinen Mantel trage, sondern auch bei schlechtem Wetter nur im Anzug gehe, denn nur verweichlichte Menschen trügen einen Mantel. Mit ihm hatte ich ja viel zu tun, weil ich für den Kohäsionsfonds zuständig war. Das war ein kompletäres Verhältnis zwischen uns.

Christine Scrivener aus Frankreich war für Steuern und die Zollunion zuständig. Das war eine magere Angelegenheit. Die Zollunion war realisiert und bei den Steuern bewegte sich nichts wegen des Einstimmigkeitsprinzips. Sie bemühte sich immer, etwas bei der Reform der Umsatzsteuer zustande zu bringen, was aber nicht gelang. Scrivener war eine „Grande Dame“ und das Kommissariat bedeutete den Abschluss ihrer politischen Karriere.

Filippo Maria Pandolfi, Italiener, war in der Kommission Delors II für Wissenschaft zuständig. Er beerbte Ripa di Meana als Vizepräsident. Pandolfi stammte aus Oberitalien und war ein sehr agiler Mann, der das Ressort von Narjes übernahm.

Andriessen bekam in der Kommission Delors II das wichtige Handelsressort, denn der bisherige Amtsinhaber wurde ins Europäische Parlament gewählt.

Christophersen bekam Währung und hatte keine große Freude, weil es die Domäne Delors' war. Er musste sich stark zurückhalten. Die Direktion Geld und Währung ordnete sich Delors persönlich zu.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Der Luxemburger Mosar wurde in der zweiten Kommission Delors‘ von Jean Dondelinger abgelöst, der in seiner Funktion als Diplomat seines Landes eine große Erfahrung in institutionellen Fragen hatte.

Karel van Miert, ein belgischer Sozialist, war ein energischer Kollege. Er ersetzte Willy De Clercq, der einige Zeit später ins Europäische Parlament gewählt wurde. Van Miert war zuständig für Verkehr. Er war federführend bei allen Transitfragen. Nach seiner Zeit als Kommissar war er in der Wirtschaft tätig. Er starb vor zwei Jahren, als er beim Apfelpflücken von einem Baum fiel.

Manuel Marin amtierte auch in der zweiten Kommission Delors‘ und bekam das Ressort des italienischen Vizepräsidenten Natali.

Gehler:

Er war dann zuständig für Zusammenarbeit und Entwicklung?

Schmidhuber:

Genau, im Wesentlichen war es Entwicklungspolitik und Fischerei, was für Spanien sehr wichtig war und ist. Entwicklungspolitik als Aufgabe der EU ist ein schwieriges Feld, weil kaum finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Die Mitgliedsstaaten geben das Geld für diese Aufgabe selbst aus. Marin musste sich daher mit Koordinierungsaufgaben herumschlagen, was nicht ganz einfach ist.

Martin Bangemann bekam das Ressort Binnenmarkt von Lord Cockfield und interessierte sich vor allen Dingen für die Informationstechnologie.

Gehler:

Gibt es, wenn jemand das Ressort von einem anderen Kommissar übernimmt, ein „Briefing“ oder eine Abstimmung? Hinterlässt der Vorgänger ein Dossier oder wie wird verfahren?

Schmidhuber:

Der Vorgänger übergibt kein Dossier, aber der Generaldirektor. Es gibt genügend zu lesen. Natürlich muss man sich zunächst einlesen, bevor man mit der Arbeit beginnt. Früher war es so, dass es häufig große Streitigkeiten

gab, weil die Dossiers durch Abstimmungen der Kommission festgelegt wurden. Es dauerte dann auch oft sehr lange bis die Abstimmungen erfolgt waren. Delors machte das anders, er nahm die Ressortverteilung selbst in die Hand und führte Einzelgespräche so wie das bei jeder Regierungsbildung der Fall ist. Dadurch ging es immer relativ gut über die Bühne. Delors hatte natürlich auch das entsprechende Geschick. Er vermochte die Erfahrungen und Kenntnisse der Kommissare entsprechend zu berücksichtigen. Beispielsweise wurde die Griechin Vassa Papandreou benannt. Sie bekam das sozialpolitische Dossier Beschäftigung. Vorher war sie an der Universität Athen Professorin für Ökonomie. Sie vertrat ziemlich linke Positionen. In der Wirtschaftspolitik bzw. in den Bereichen Beschäftigung und Arbeitsmarkt hatte sie dann Reibereien mit Delors, weil sie von ihrem Standpunkt auch nicht ohne weiteres abwich bzw. abweichen wollte. In den Abstimmungen in der Kommission unterlag sie dann auch häufig. Nach ihrem Mandat in Brüssel erhielt sie einen Ruf an eine britische Universität. Fachlich war sie sehr qualifiziert, aber sie hatte ihre Mühen mit der praktischen Politik.

Ray McSharry, ein Ire, hatte das Ressort für Landwirtschaft inne. Er war der Vorgänger von René Steichen in diesem Arbeitsgebiet. McSharry war vorher Finanzminister in Irland und ein sehr tüchtiger Mann. Von Brüssel aus wechselte er dann in die zivile Luftfahrt. Er wurde Aufsichtsratsvorsitzender bei *Ryan Air*. McSharry war ein sehr umgänglicher Mann. Aus Mitteln des Regionalfonds wurde einmal eine Brücke in seinem Wahlkreis errichtet, die wir zusammen mit großem Pomp einweihten.

Abel Matutes ging als Wirtschaftsminister zurück nach Spanien und wurde durch Marcelino Oreja Aguirre ersetzt. Die Italiener wechselten auch sehr häufig ihre Kommissare. Raniero Vanni d'Archifari kam und verschwand auch nach zwei Jahren wieder.

Ich war in der Kommission Delors III für Haushalt und Finanzkontrolle sowie den Kohäsionsfonds zuständig. Bruce Millan hatte sich darüber geärgert, weil er für Regionalpolitik zuständig war. Ich wollte dieses Ressort nicht unbedingt, aber Delors hatte es mir zugewiesen.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Ein starker Mann in der Kommission Delors II und III war natürlich auch der britische Vizepräsident Leon Brittan, der für Handelspolitik zuständig war. Er war lange Zeit ein einflussreicher Abgeordneter im „House of Commons“. Seine Eltern waren Emigranten aus dem Baltikum.

Gehler:

Können Sie Leon Brittan noch genauer charakterisieren?

Schmidhuber:

Leon Brittan war ein starker Mann in der konservativen Fraktion. Vorher war er Innenminister im Kabinett von Margaret Thatcher. Er interessierte sich dann aber für die EU und erhielt das für die Briten sehr wichtige Dossier Außenwirtschaft und Handelspolitik. Das Ende der Kommission Delors fällt ja mit dem Niedergang der britischen Konservativen zusammen. Nach seiner Zeit bei der Kommission wurde Brittan dann ins Oberhaus, als „Peer“ auf Lebenszeit, berufen.

Gehler:

Wenn man die Kommissionen Delors I, II und III miteinander vergleicht, kann man feststellen, dass es relativ viele Veränderungen in der Personalbesetzung von Kommission I zu II und eine relative Konstanz von II auf III gab. Womit hängt das zusammen? Hat sich das Team einfach besser aufeinander eingestellt? Vielfach sind die Kommissare ja auch – wie Sie selbst sagten – Spiegel der innen- und parteipolitischen Konstellationen.

Schmidhuber:

Die Kommission Delors III amtierte nur zwei Jahre. Man wollte nach dieser Zeit einen völlig neuen Ansatz wählen. Es ging bloß mit dem Kommissionspräsidenten Santer schief. Die Personalwechsel bezogen sich meistens auf Griechenland und Italien. Der Kommissionsposten war in diesen Ländern häufig nur eine Art Durchgangsstation für andere Verwendungen. Dadurch kamen diese vielen Wechsel zustande. Für die Italiener war Brüssel so eine Art Parkplatz zur späteren Verwendung von Politikern. Viele prominente italienische Politiker waren einmal Europaabgeordnete, in dieser Funktion aber kaum in Brüssel/Straßburg anwesend. Dadurch erlangten sie

ein gewisses politisches Gewicht. Beispielsweise wurde Rocco Buttiglione, Politiker der Unione di Centro (UdC), als Kommissar refüsiert, weil er im EP als Emanzipations- bzw. Frauenfeind und Kritiker der Homosexuellen galt. Er wurde von seinen früheren Kollegen ziemlich unfair behandelt.

Gehler:

Während Ihrer Tätigkeit bei der Kommission waren Sie für verschiedene Ressorts zuständig: Makroökonomie, Regionalpolitik, Haushalt, Finanzkontrolle und den Kohäsionsfonds. Welche Aufgaben waren eigentlich mit diesen Ressorts verbunden? Worin bestanden Hindernisse und Probleme?

Schmidhuber:

Zum Bereich der Makroökonomie gehören Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaften. Die EU-Kommission beschäftigt natürlich im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft eine große Zahl von Ökonomen, die sich mit den Bereichen Wirtschaftspolitik, Industrie, Statistik, Fiskalpolitik, Wettbewerbspolitik usw. beschäftigen. Eine weitere starke Abteilung von Ökonomen beobachtete natürlich die Währungspolitik, das Reservat Delors'. Wir mussten genau wie die Bundesregierung auch einen Jahreswirtschaftsbericht erstellen. In der Bundesrepublik erarbeitet der Sachverständigenrat jedes Jahr ein Gutachten. Die Bundesregierung gibt daraufhin einen kürzeren Report. Bei der EU-Kommission machten wir beides in einem.

Das Eine ist eben das Ergebnis der realen Wirtschaft, also des Verlaufs der Wirtschaftspolitik und ihrer Intentionen. Der Sachverständigenrat sagt hingegen, wie es nach seiner Auffassung richtig sein sollte. Da gibt es gewisse Unterschiede. Unser Bericht bei der Kommission war anders aufgezogen. Er war umfangreicher, weil wir auch die Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten darstellen, analysieren und sie mit der wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeption der Kommission vergleichen mussten. Letztere ergab sich aus den Richtlinien des Ecofin-Rats. Die Statistik spielte auch eine große Rolle. Das Statistische Amt in Luxemburg, eine sehr große Dienststelle, spielte ja aktuell im Falle Griechenlands eine Rolle, weil Athen seine Zahlen des Öfteren manipuliert hat.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Zu meiner Zeit stellte man fest, dass das Statistische Amt überhaupt keine modernen technischen Einrichtungen zur Erfassung von Daten besaß. Es gab ja damals durchaus schon Computer, die man aber nicht hatte. Die Kommission schaffte dann Computer an, damit die Statistiker nicht mehr „frei nach Schnauze“ arbeiten mussten. Der neue Generaldirektor, ein Franzose, brachte dann neuen Schwung in dieses Amt. Sein Vorgänger, ein Italiener, hielt sich etwas zurück. Die Eingriffsmöglichkeiten des Statistischen Amtes gegenüber den nationalen statistischen Behörden waren recht schwach. Die Kommission unternahm zweimal Vorstöße, um Einsicht in nationale Dokumente nehmen zu können und Kontrollmöglichkeiten auszuüben, die beide Male vom Ecofin-Rat hauptsächlich auf deutsches Betreiben abgelehnt wurden. Die Mitgliedsstaaten wollten sich nicht in die Karten schauen lassen.

In der Regionalpolitik ging es um sehr viel Geld. Man musste sich aber intensiv mit den Mitgliedsstaaten abstimmen. Es gibt Kriterien für Fördergebiete, wobei insbesondere auch die regionale Wirtschaftskraft eine große Rolle spielt. Die Abstimmung war häufig sehr schwierig. Die Kommission muss in erster Linie die einzelnen Projekte prüfen, die aufgrund des vom Ministerrat festgelegten Finanzrahmens zur Ausführung gelangen. Weil es sich um Investitionstätigkeiten handelt, muss auch eine andere Haushaltsführung her. Man musste zwischen Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen unterscheiden. Zunächst wird das Projekt als solches geprüft, um über Zusage oder Ablehnung zu entscheiden. Generell hat die EU nie die vollen 100 Prozent der Investitionssumme getragen, sondern es wurde zu meist kofinanziert. Wenn das Projekt bewilligt wurde, bekamen die Empfänger eine Anzahlung von 30 Prozent. Die Projekte zogen sich doch meist über mehrere Jahre hin. Da wir wussten, dass nicht alle Projekte vollendet werden, manchmal nur die 30 Prozent kassiert wurden und es dann nicht weiterging – Italien war dafür bekannt –, kalkulierten wir diese potentiellen Ausfälle mit ein. Wir hatten nie so viele Zahlungsermächtigungen wie Verpflichtungsermächtigungen.

Gehler:

Seit 1989 haben Sie Haushaltskontrollaufgaben übernehmen müssen?

Schmidhuber:

Ja, es ist eigentlich nicht richtig, dass ein Kommissar den Haushalt und die Kontrolle hat, denn in einer Kollegialbehörde müssten eigentlich zwei verschiedene Kommissare diese Aufgaben übernehmen. Als ich aus der Kommission ausschied, forderte ich die Aufteilung auch dringend schriftlich. Es war unbequem, weshalb man es nach einer Kommissionsperiode wieder aufgab. Bei einem solchen Haushalt wie dem der EU, wo eben sehr viele Investitionen durchzuführen sind, muss auch viel kontrolliert werden, auch die entsprechenden Zahlungsermächtigungen. Ein eigener Kontrollmechanismus ist schon zweckmäßig und eigentlich erforderlich. Daher gibt es auch zwei verschiedene Generaldirektoren.

Gehler:

Der Kohäsionsfonds unterscheidet sich ja von der Regionalpolitik?

Schmidhuber:

Der Kohäsionsfonds war eigentlich eine Begleitmaßnahme zur Einführung der Gemeinschaftswährung Euro. Man hatte gewisse Anlaufschwierigkeiten befürchtet. Um Irland, Portugal, Griechenland und Spanien besserzustellen, wurde der Kohäsionsfonds gegründet. Das waren jene Länder, die finanzielle Probleme hatten. Von daher stellte man ihnen über mehrere Jahre einen gewissen Betrag zur Verfügung, womit man Investitionsprojekte finanzierte, z.B. in Portugal eine Brücke über den Tejo. Das meiste Geld pro Kopf der Bevölkerung erhielten die Iren. Sie haben auch viel in die Infrastruktur investiert, aber auch in Dublin ein Offshore-Finanzzentrum aufgebaut. Die Kommission gestattete Irland erhebliche steuerliche Vergünstigungen, was dann etwa dazu führte, dass sich Hypothekenbanken und alle möglichen anderen Finanzinstitutionen dort ansiedelten, immerhin auch die bekannte *Hypo Real Estate*. Diese Bank hat das Offshore-Business in Irland aufgebaut.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gehler:

Wie haben Sie eigentlich das Verhältnis zwischen Bonn, Brüssel und Paris in Erinnerung? Was können Sie über das Dreiecksverhältnis zwischen Kohl, Mitterrand und Delors berichten?

Schmidhuber:

Für die Strategie waren dies der persönliche Kontakt der Staatsmänner und dann die Organisation der Zusammenarbeit im Rat und der Ratsbürokratie. In Finanzfragen standen sich z.B. Nationalbürokratien aus Frankreich und Deutschland gegenüber, die die Ratsentscheidungen vorbereiteten. Außerdem hatte man im Rat auch einen eigenen juristischen Dienst und einen Sitzungsdienst, alles fast spiegelbildlich zur Kommission.

Gehler:

Wie wirkte sich dieser Parallelismus aus? Wie war das Verhältnis zwischen Kohl und Mitterrand auf der einen Seite und Delors als Kommissionspräsident auf der anderen? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sagten Sie, dass das Verhältnis von Delors zu Kohl fast intensiver, gesprächsintensiver war, als das von Delors zu Mitterrand?

Schmidhuber:

Ja, das ist richtig.

Gehler:

Musste das nicht Mitterrand skeptisch stimmen, dass „sein“ Mann in Brüssel, der Sozialist mit einem christlichen Hintergrund, Delors, sich so gut mit Kohl verstand?

Schmidhuber:

Das kann aber vielleicht auch eine besonders geschickte Diplomatie von Delors gewesen sein. In einem Dreiecksverhältnis ist das weder im Privatleben noch in der Öffentlichkeit, in der Politik, so einfach.

Gehler:

Das heißt, man muss von dem historischen Bild, das sich festgesetzt hat, der Achse, offensichtlich institutionell und auch persönlich in Bezug auf die Intensität unterscheiden?

Schmidhuber:

Die Regierungschefs haben natürlich auch zu anderen Regierungschefs Kontakt.

Gehler:

Man kann es offensichtlich nicht nur auf das Verhältnis Deutschland-Frankreich reduzieren. Zu welchen Ländern hatte Delors eigentlich ein besonderes Verhältnis bzw. eine Neigung, abgesehen von den machtpolitischen Erwägungen, Unterstützer zu gewinnen? Gab es Präferenzen in der EG 12?

Schmidhuber:

Darüber weiß ich nichts Konkretes. Diese Zusammenarbeit vollzieht sich oft in einem informellen Bereich, über den es nur selten eine exakte Dokumentation gibt. Man müsste sich zudem auf Memoiren und Biografien stützen.

Gehler:

Welches Bild hatte Delors eigentlich von Deutschland? Hat er es eher pragmatisch oder kühl gesehen? Delors erlebte ja während seiner Kommissionszeit die Deutsche Einheit, einen neuen, größeren Staat. Wie stand er zur deutschen Zweistaatlichkeit und zur DDR als ein mögliches 13. EG-Mitglied?

Schmidhuber:

Ein 13. EG-Mitglied DDR wäre nur möglich gewesen, wenn die DDR ein eigener Staat geblieben wäre, was Kohl aber nie in Erwägung zog.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gehler:

Im Rückblick, ja.

Schmidhuber:

Ich kann mich erinnern, dass wir über diese Thematik in einer frühen Phase des Einheitsprozesses in der Kommission diskutierten. Ich machte meine Kollegen darauf aufmerksam, dass es im EG-Vertrag Regelungen in Bezug auf die Wiedervereinigung gab und zweitens laut Grundgesetz zwei Möglichkeiten der Einheit bestanden. Letztlich wurde die Vereinigung ja durch den so genannten Beitritt der ostdeutschen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gemäß Artikel 23 gelöst. Vorher mussten aber die Länder erst gegründet werden, weil sie ja 1952 aufgelöst worden waren und eine Bezirksstrukturordnung eingeführt wurde. Das war Delors damals neu und er hat dann durch seinen Kabinettschef bei mir anfragen lassen, wer mir diese Informationen mitgeteilt habe. Ich entgegnete ihm, dass ich einen kurzen Blick ins Grundgesetz geworfen hätte. Es überraschte alle, denn man befand sich ja plötzlich in einer neuen Situation von tiefgreifenden Umwälzungen.

Gehler:

Die so genannte Osterweiterung war gerade auch zur Zeit der Deutschen Einheit ein Thema, obwohl Warschauer Pakt und die Sowjetunion formal noch bis 1991 existierten. Delors wird im Kontext der Jahre 1989/90 von der Forschung als jemand gesehen, der auch für Vertiefung war: erst der Binnenmarkt, erst eine starke Wirtschafts- und Währungsunion und dann erst weitere Beitritte. In der Forschung kann man erkennen, dass die französische Position nicht weiter ging und sich wirklich auf Abwarten und den Status quo einrichtete, während die deutsche Position mit Blick auf Polen und andere Staaten eher auf Erweiterung drängte. Haben Sie diesen Methodenstreit oder -konflikt bzw. diese Auffassungsunterschiede noch in Ihrer Zeit in der Kommission erlebt?

Schmidhuber:

Solange Delors da war, hieß es immer „Vertiefung vor Erweiterung“. Er hielt diese Position auch durch, aber als er aus dem Amt schied, änderte sich so Manches. Delors verzögerte z.B. auch den Beitritt Österreichs zur EU, weil er zunächst die Umsetzung des Vertrages von Maastricht abwarten wollte. Delors setzte immer die Priorität auf Vertiefung, ganz im Gegensatz zu heute. Man muss davon ausgehen, dass sich bei 27 Mitgliedsstaaten weitere Vertiefungsschritte sehr schwierig gestalten. Außerdem wird die Erweiterungspolitik – allerdings gegen zunehmenden Widerstand der Bevölkerung – fortgesetzt. Ich hörte erst kürzlich einen Vortrag von einem ehemaligen Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof (EuGH), der den Beitritt der Ukraine und Georgiens für möglich hielt. Dieser Meinung bin ich nicht. Das geht viel zu weit und berührt auch substantiell die geopolitischen Interessen Russlands.

Gehler:

Wie haben Sie eigentlich das Europäische Parlament zu Ihrer Zeit als Kommissar erlebt? Inwieweit blieb und bleibt dieses Parlament problematisch?

Schmidhuber:

Ich hatte viel mit dem Haushaltsausschuss zu tun. Ich musste die verschiedenen Ansprüche abfedern. Zu der Zeit, als ich nach Brüssel kam, herrschte eine große Finanzkrise. Der dänischen Ratspräsidentschaft gelang es nicht, diese Krise zu lösen. Erst in der Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft 1988 wurde diese Krise gelöst. In vielen Punkten wurde dann die Finanzverfassung der EG geändert. Der größte Fortschritt war der, dass man zu einer mittelfristigen Finanzplanung kam. Das war die so genannte interinstitutionelle Vereinbarung. Delors selbst schaltete sich in diese Diskussionen ein. Die Verhandlungen im Rat führte er selber. In diesen Debatten hat man eben die Festlegung getroffen, was die Höhe anbelangt. Das war ein Fortschritt, weil dadurch das Parlament einen gewissen Spielraum bekam. Ich bin einigermaßen stolz darauf, dass ich alle sechs Haushalte meiner Amtszeit durch das Parlament brachte, allerdings mit großen Mühen. Bei

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

dieser Gelegenheit musste ich mir viel anhören. Das Endergebnis des Haushalts ist leicht festzustellen: ein Prozentsatz vom Bruttoinlandsprodukt. Wie man es aber vorher berechnet, ist unglaublich schwer. Natürlich spielt bis heute der „Brittenrabatt“ – der schon seit einiger Zeit zurückgeht, weil er an Voraussetzungen bei den Landwirtschaftsausgaben geknüpft ist, die sich aber in diesem Bereich der Marktstabilisierung stark veränderten – eine besondere Rolle. Bis zu einem gewissen Grad erledigt sich dieser „Brittenrabatt“ immer mehr von selbst.

Gehler:

Der Anteil vom Bruttoinlandsprodukt, der das EU-Budget betraf, war zu Ihrer Zeit doch niedriger als er heute ist?

Schmidhuber:

Der Anteil liegt nach wie vor bei ca. einem Prozent (1,065%) des BIP. Man muss auch zwischen Planung und Abrechnung unterscheiden. Es ist eine komplizierte Angelegenheit wegen der verschiedenen schwankenden Berechnungsgrundlagen. Die Importabgaben der Landwirtschaft, der Umsatzsteueranteil und die wenigen noch in internationalen Häfen anfallenden Zölle spielen eine Rolle. Man kann also insofern nicht von einer größeren Steigerung reden. Allerdings haben die Operationen der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg stark zugenommen.

Gehler:

Sie erlebten den Vertrag von Maastricht, als Sie als Kommissar aktiv waren. Der Maastricht-Vertrag wird nach den Römischen Verträgen als einer der bedeutendsten Unionsverträge eingeschätzt und interpretiert. Ein Urteil, das für Sie ähnlich feststeht?

Schmidhuber:

Ja, in Maastricht wurde das Säulenprinzip geschaffen. Die Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik und der Justiz- und Innenpolitik wurde eingeführt, allerdings eben nicht in der Gemeinschaftsform so wie heute. Es handelte sich vielmehr um die drei Säulen. Außerdem wurden im Ver-

trag von Maastricht die Bestimmungen zur Währung und hinsichtlich des Eurosystems festgelegt.

Gehler:

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil von Karlsruhe im Jahr 1993 verzögerte den Ratifikationsprozess ja etwas. Wie haben Sie dieses Urteil damals als Kommissar und heute im Vergleich zum Urteil zum Lissabon-Vertrag gesehen?

Schmidhuber:

Solange das Bundesverfassungsgericht (BVG) noch keine Entscheidung hinsichtlich des Maastricht-Vertrages getroffen hatte, war es richtig, den Ratifizierungsprozess in Deutschland nicht abzuschließen.

Gehler:

Die Tschechen und Polen orientierten sich beim Lissabon-Vertrag zum Teil am Urteil des Bundesverfassungsgerichts und haben im Zuge dessen auch Verzögerungen und Vorbehalte vorgebracht.

Schmidhuber:

Das Urteil des polnischen Staatsgerichtshofs zum Vertrag von Lissabon ist sehr sorgfältig begründet.

Gehler:

Ich danke Ihnen herzlich für das ausführliche Gespräch.

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut der Universität Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie geben die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des ZEI zusammen.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** is an interdisciplinary research and further education institute at the University of Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. They express the personal opinion of the authors. The papers often reflect on-going research projects at ZEI.

Die neuesten ZEI Discussion Paper / Most recent ZEI Discussion Paper:

- C 196 (2009) Ina Hommers
Die Migrationspolitik der EU. Herausforderung zwischen nationaler Selbstbestimmung und europäischer Konvergenz
- C 197 (2010) Klaus Hänsch
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 198 (2010) Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (Hrsg.)
Die Gestaltung der Globalität. Annäherungen an Begriff, Deutung und Methodik
- C 199 (2010) Wolfram Hinz/Catherine Robert (Hrsg.)
Frankreich – Deutschland – Polen. Partnerschaft im Herzen Europas
- C 200 (2010) Klaus W. Grewlich
Pipelines, Drogen, Kampf ums Wasser – greift die EU-Zentralasien-Strategie? Neues „Great Game“ von Afghanistan bis zum Kaspischen Meer?
- C 201 (2010) Uwe Leonardy
Is the European Federation a „Mission Impossible“? A Critical Analysis of the German Constitutional Court's Judgment on the Lisbon Treaty
- C 202 (2010) Günther H. Oettinger
Europeanising EU Energy Policy
- C 203 (2011) Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (Hrsg.)
Die Gestaltung der Globalität. Wirkungen der Globalität auf ausgewählte Fächer der Philosophischen Fakultät
- C 204 (2011) Derviş Fikret Ünal
EU-Russian Relations: Evolution and Theoretical Assessment
- C 205 (2011) Andreas Marchetti/Louis-Marie Clouet
Leadership by Credibility. Franco-German Visions of the Future of the Union
- C 206 (2011) Chibuike Uche
The European Union and Monetary Integration in West Africa
- C 207 (2011) Klaus-Jörg Heynen
Negotiating EU Law. Particularities and Conclusions
- C 208 (2011) Corsino Tolentino/Matthias Vogl (eds.)
Sustainable Development in West Africa
- C 209 (2012) Patricia Luíza Kegel/Mohamed Amal
MERCOSUR and its Current Relationship to the European Union. Prospects and Challenges in a Changing World
- C 210 (2012) Peter M. Schmidhuber
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Die vollständige Liste seit 1998 und alle Discussion Paper zum Download finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>.

For a complete list since 1998 and all Discussion Paper for download, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-941928-10-7

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1810
Fax: +49-228-73-1818
<http://www.zei.de>